

## Land und Vorherrschaft. Die territorialen Friedensbedingungen für Deutschland

Die unterschiedlichen Interessen, welche die Solidarität der Siegermächte auf die Probe stellten, hatten sich schon in der ersten Phase der Friedenskonferenz bemerkbar gemacht, als es um den Völkerbund und die Abrüstung Deutschlands ging. Doch diese Differenzen verblassten im Vergleich zu den Konflikten, die zwischen den drei Westmächten, später auch mit Italien und Japan und schließlich mit Deutschland entbrannten, als das wichtigste materielle Problem des Friedensschlusses auf die Tagungsordnung gelangte – die Frage, wo die Grenzen zwischen den Ländern der Besiegten und Sieger nach dem Friedensschluss gezogen werden sollten. Was an dieser Stelle festgesetzt wurde, war auf Dauer angelegt und hätte in der Folge nur unter größten Schwierigkeiten rückgängig gemacht werden können.

Die Entscheidungen über diese Schlüsselfrage fielen in zwei Wochen Ende März und Anfang April 1919. Sie wurden zunächst nicht auf der höchsten Ebene der Friedenskonferenz behandelt, sondern in den Ausschüssen, die der Zehnerrat Anfang Februar 1919 eingesetzt hatte. Damals vereinbarten die schon vor dem Waffenstillstand tätigen britischen und amerikanischen Experten, sich weiter informell abzustimmen<sup>1</sup>. Mitte März 1919 sollten die fertigen Kommissionsempfehlungen in einem Zentralausschuss koordiniert und an den Zehnerrat weitergeleitet werden<sup>2</sup>. Zwei Themenkreise blieben ausgespart: die Friedensziele Italiens, welche die italienische Regierung nur auf höchster Ebene erörtern wollte, und die deutsche Westgrenze, das delikateste Hauptproblem unter den Territorialfragen. Die Rheinlandfrage wurde zuerst im Februar auf höchster Ebene in Abwesenheit Wilsons aufgegriffen, aber erst mit ihm zusammen im März 1919 wirklich durchdiskutiert.

Für den künftigen Grenzverlauf zwischen Deutschland und dem neuen Polen lieferte der Punkt 13 von Wilsons 14 Punkten eine Orientierung, der für Polen einen freien Zugang zum Meer vorsah. Hinzu trat der Wunsch vor allem Clemenceaus, ein starkes Polen als demokratisches Bollwerk zu einem Gegengewicht zu Deutschland zu machen<sup>3</sup>. Obwohl Wilsons schon 1917 eingerichtete Beratergruppe „Inquiry“ Anfang 1918 eine Abtrennung Ostpreußens vom übrigen Deutschland noch abgelehnt hatte, konnte sich der britisch-amerikanische Koordinationsausschuss auf eine Abtretung Danzigs an Polen und die Bildung eines Korridors zwischen Pommern und der Weichsel einigen (Howard-Lord-Protokoll vom 21. Februar 1919). Auf britischen Wunsch war eine von Deutschland verwaltete Eisenbahnverbindung durch den „Korridor“ und eine Volksabstimmung im südlichen Ostpreußen vorgesehen. Das britisch-amerikanische

Übereinkommen befürwortete auch die Abtretung Oberschlesiens an Polen<sup>4</sup>. Bei diesen Vorberatungen spielten die Mitglieder der „Inquiry“ eine prominente Rolle. Ihr Hauptexperte, der auf Polen spezialisierte Historiker und Polenfreund Robert Lord, war sich darüber klar, dass Danzig „heute fraglos eine deutsche Stadt“ sei, machte aber geltend, dass das Prinzip eines polnischen Korridors zur Ostsee zwangsläufig die Abtretung der Hafenstadt und eines entsprechenden Gebietsstreifens nach sich ziehen müsste – auch wenn die Überführung von 150.000 Deutschen in das neue Polen „keine leichte Sache sei“. Hinter diesem Votum Lords standen wirtschaftliche und strategische Erwägungen: „Wenn Polen ein wirklich unabhängiger und starker Staat werden soll,“ so schrieb er am 9. März 1919, „wenn es die höchst wichtige Rolle spielen soll, die wir ihm in unserem Interesse zuerkennen haben, nämlich dabei zu helfen, Deutschland in Schranken zu halten und die Bolschewisten oder ein restauriertes monarchisches Russland daran zu hindern, sich mit Deutschland zusammenzutun – dann ist es unbedingt nötig, dass Polen seinen sicheren Zugang zur umliegenden Welt besitzt, den ihm nichts anderes als der Besitz von Danzig gewähren kann“. Colonel House, der die Expertenarbeit koordinierte, machte sich diese Empfehlungen nicht nur zu eigen, sondern war in einem Gespräch mit Clemenceau und Lloyd George auch bereit, das polnische Maximalprogramm in den Friedensvertrag aufzunehmen<sup>5</sup>. Der offizielle Polen-Ausschuss der Konferenz – die *Interallied Commission on Polish Affairs*, an der jetzt auch Frankreich beteiligt war – übernahm diese Vorschläge weitgehend, überantwortete allerdings auf französisches Drängen hin die Eisenbahnlinien, die Deutschland mit Ostpreußen verbanden, den Polen. Danzig wäre damit definitiv an Polen gefallen. In dieser Form hatten die vier Regierungsoberhäupter das Polen-Gutachten vor Augen, als sie Mitte März über die künftige deutsch-polnische Grenze zu verhandeln begannen<sup>6</sup>.

Gleichzeitig zeichnete sich aber auch die Möglichkeit ab, die polnischen Hoffnungen auf einen Besitz Danzigs im Rahmen des Waffenstillstandes zugunsten Polens zu regeln<sup>7</sup>. Geschehen sollte dies, indem die in Frankreich rekrutierte „blaue“ polnische Armee, die zum Schutz des jungen polnischen Staates dringend benötigt wurde, auf dem Wege über Danzig nach Polen überführt wurde. Sie stand unter dem Befehl von General Józef Haller – eines Adligen, der im österreichischen Heer gegen die Russen gekämpft hatte, vom Frieden von Brest-Litowsk jedoch enttäuscht war, deshalb die Seiten wechselte und das Kommando über eine polnische Freiwilligenarmee übernahm, die den französischen Truppen an der Westfront angeschlossen war. Der auf deutscher Seite gehegte Verdacht, dass das Auftauchen starker polnischer Streitkräfte in Danzig zu einer polnischen Annexion der Hafenstadt führen würde, lag nahe. Foch hatte bereits Anfang Januar 1919 Hallers Wunsch unterstützt, beim Transfer der polnischen Truppen den Weg über Danzig zu nutzen. Auch er wollte auf diesem Wege die endgültige Verfügung Polens über die ehemalige Hansestadt festlegen, um so die polnischen Patrioten zu unterstützen, die ihr Land zu einem Bollwerk gegen den Bolschewismus zu machen hofften<sup>8</sup>. Daran waren an sich auch die